

**Interview**  
**09. Februar 2022**

### **Sergey Lagodinsky, Grüne, MdEP im Gespräch mit Philipp May**

**Philipp May:** Sergey Lagodinsky ist in Russland geboren. In seiner Jugend kam er mit seiner Familie nach Deutschland und sitzt seit 2019 für die Grünen im Europaparlament. Dort setzt er sich immer wieder für eine entschiedene Haltung gegenüber Russland ein. Jetzt ist er am Telefon. Schönen guten Morgen.

**Sergey Lagodinsky:** Schönen guten Morgen aus Berlin.

**May:** Hätten Sie sich einmal das Wort Nord Stream 2 von Olaf Scholz gewünscht in den letzten Tagen?

**Lagodinsky:** Ja, ich glaube, nicht nur ich, sondern sehr viele Beobachter. Das wäre in der Tat besser, wenn da Klarheit herrschen würde. Im Übrigen ist es auch ein bisschen lächerlich, wenn wir darum herumreden. Es ist ja klar, was gemeint ist. Das haben auch die SPD-Vertreter durchblicken lassen, dass auch Nord Stream 2 im Falle einer Invasion auch auf dem Tisch liegt.

**May:** Haben Sie noch Raum für Zweifel an der Haltung der SPD und an der Haltung von Olaf Scholz, was gerade insbesondere Nord Stream 2 innerhalb des Sanktionspakets angeht?

**Lagodinsky:** Ich muss sagen, dass seit einigen Tagen, insbesondere seit der Reise von Kanzler Scholz diese Zweifel immer weniger werden. Die Position ist klar definiert und das ist eine erfreuliche klare Veränderung gegenüber der Position von noch vor einer Woche. Insofern glaube ich, dass die Bundesregierung zurzeit einen sehr guten Job macht und auch ein gutes Bild abgibt.

**May:** Warum sagt er es dann nicht?

**Lagodinsky:** Das müssen Sie ihn fragen. Es gibt viele verschiedene Spekulationen und genau das sollte man eigentlich vermeiden. Aber in der Sache ist ja die Position klar. Jeder und jede, die diese Pressekonferenzen sieht, sein Interview auf CNN sieht, bekommt schon ein ganz klares Signal, auch dieses Projekt steht zur Disposition, falls es zu einem Übergriff kommt. Desto schwieriger ist es für viele Beobachter, ehrlich gesagt für mich persönlich auch, warum das immer noch nicht ausgesprochen ist. Aber ehrlich gesagt, ob der Begriff fällt oder nicht ist nicht die zentrale Frage aus meiner Sicht. Die Position und die Haltung wurde mehrmals schon bekräftigt. Insofern bin ich da entspannt.

**May:** Was ist denn die zentrale Frage?

**Lagodinsky:** Die zentrale Frage ist die Frage der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, mit dem ukrainischen Staat, mit der Unabhängigkeit der Ukrainer, und das sehen wir auch in der letzten Reise der Außenministerin, die ja gerade stattgefunden hat, wo sie auch an die Frontlinie gereist ist, wo sie mit der Bevölkerung, mit Menschen gesprochen hat, mit Nichtregierungsorganisationen sich getroffen hat. Das sind, glaube ich, ganz starke Signale an unsere ukrainischen Partnerinnen und Partner und ich hoffe, dass das auch in Kiew und in der Ukraine in der Breite gut ankommt.

**May:** Muss man dann Solidarität mit Waffenlieferungen ausdrücken?

**Lagodinsky:** Meine persönliche Meinung ist da ja bekanntlich etwas klarer an dieser Stelle. Ich finde, dass wir darüber reden sollten, jedenfalls eine Bereitschaft signalisieren könnten, aber ich sage auch zugleich, dass sich Solidarität seitens Deutschlands nicht in dieser Frage erschöpft, sondern wir zeigen Solidarität schon seit Jahren und die ist unverbrüchlich. Das hat die Bundesregierung auch noch mal betont. Das was Deutschland bisher abseits dieses Themas außer Waffenlieferungen bisher getan hat, ist wirklich beeindruckend und wirklich ernst. Das werden hoffentlich auch die ukrainischen

Partnerinnen und Partner anerkennen. Mein Appell ist auch an diese Seite, lasst uns bitte nicht diese gute bilaterale Beziehung durch diese Frage der Waffenlieferungen in Frage stellen.

**May:** Das wäre jetzt genau meine Frage. Ist es denn noch für Sie nachvollziehbar, wenn Abgeordnete im Parlament in Kiew Flaggen hochhalten, ausschließlich von den Staaten, die der Ukraine Waffen liefern?

**Lagodinsky:** Ich glaube, es ist jetzt nicht zielführend, diese krisenhafte Situation dafür zu nutzen, die potenziellen Opfer zu kritisieren. Das Land ist in einer sehr schwierigen Lage und wir müssen in erster Linie Empathie und Solidarität zeigen, und das tut ja die Bundesregierung ganz klar. Es ist aber wie gesagt mein Appell, wir sollen hier nicht überreagieren, auch seitens der ukrainischen Kolleginnen und Kollegen. Deutschland ist und bleibt ein unverbrüchlicher Partner für die Ukraine und Deutschland hat auch schon viel getan und tut es auch im Rahmen der NATO und plant auch noch mehr.

**May:** Ich frage das, weil ja auch fast alle Experten sagen, dass kurzfristige Waffenlieferungen gerade von Deutschland überhaupt gar keinen Effekt auf die militärische Unwucht haben würden. Die Russen wären immer noch haushoch überlegen, wenn sie sich dann wirklich entscheiden sollten, in die Ukraine einzumarschieren beziehungsweise anzugreifen. – Ist diese Debatte nicht möglicherweise, auch angeheizt aus der Ukraine, etwas hochgejazzt worden?

**Lagodinsky:** Diese Debatte ist wichtig für uns in Deutschland, damit wir mit uns selbst ins Gespräch kommen. Das ist eine hoch symbolische und auch historisch aufgeladene Debatte. Wir haben ja gesehen, die historischen Argumente gehen in beide Richtungen. Desto wichtiger ist, dass wir diese Debatte bei uns und für uns mittelfristig offen führen. Es bringt nichts, Druck von außen bei dieser Debatte zu üben. Ich wünsche mir da mehr Offenheit auch gegenüber unserer historischen Verantwortung gegenüber der Ukraine. Aber das ist nicht die zentrale Frage dieser Krise. Deutsche Waffenlieferungen werden diese Krise nicht entscheiden. Wir haben ganz andere Mittel und die sind vorbereitet. Auch die militärische Stärke der NATO ist hier wichtig und die ist auch da. Deutschland beteiligt sich auch in Litauen. Es gibt Überflughöhe in Rumänien, wird auch bald im Baltikum sein. Insofern ist Deutschland auch aus der militärischen Perspektive präsent, vielleicht nicht in der Form, die gewünscht ist von Kiew, aber wir können ja nicht allen Wünschen, auch von Kiew nicht entgegenkommen.

**May:** Die Reisediplomatie ist in den letzten Wochen erheblich gewachsen, von deutscher Seite, auch von europäischer Seite, aber vor allem von deutscher Seite. Hat insbesondere die Bundesregierung zu lange gewartet, bevor sie sich sichtbar in diesen Konflikt eingeschaltet hat?

**Lagodinsky:** Die Außenministerin war schon seit Wochen damit beschäftigt. Der Bundeskanzler ist seit einigen Tagen sehr präsent und das ist ein gutes Zeichen und auch eine gute Veränderung gegenüber der Situation vor ein paar Wochen. Ich finde, sowohl die Präsenz als auch Kommunikation und klare Zusagen ist etwas, was in den letzten Tagen in der Tat sichtbar geworden ist, und das ist ein positives Zeichen. Ich bin mir sicher, nächste Woche, wenn Präsident Selenskij von Kiew auch bei uns im Europäischen Parlament wie angekündigt auftritt, dann wird auch über Deutschland ganz anders geredet als noch vor ein paar Wochen.

**May:** Wir haben jetzt noch eine gute Minute. Deswegen eine Frage noch, Herr Lagodinsky. Emmanuel Macron war bei Putin und hat zumindest angedeutet, dass die EU beziehungsweise der Westen zu Zugeständnissen bereit sein könnte. Er hat gesagt, Russlands Sicherheitsbedenken seien legitim. Hat er recht?

**Lagodinsky:** Sicherheitsbedenken von jedem Land sind legitim, aber wir haben unsere roten Linien und zum Beispiel die Offenheit vom Bündnis bleibt weiterhin bestehen. Jedes Land kann selbst entscheiden und das Bündnis natürlich, ob dieses Land dem Bündnis beitrifft. Wir rutschen nicht in ein Sphärendenken zurück. Sonst haben wir das Denken des Kalten Krieges und das wollen wir alle nicht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.